PARLAMENTSREPORT
Fraktion im Thüringer Landtag
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de

Bedenkliche Änderungen im Pass- und Ausweisrecht

Kritik aus der Linksfraktion am von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf

Zur von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf zur Änderung des Pass- und Ausweisrechtes erklärte Katharina König, datenschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Der vorgelegte Gesetzentwurf ist nicht nur unnötig, sondern kann unter Umständen gefährliche Auswirkungen haben. Ich teile die kritische Auffassung, dass der Entwurf Datenschutzstandards unterläuft und in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ohne wichtigen Grund eingreift.“

Die geplanten Änderungen dienen in der Hauptsache dazu, den elektronischen Identitätsnachweis, der in neu ausgegebenen Ausweisen als Option aktiviert werden kann, zum verpflichtenden Bestandteil zu machen.

Das sieht die LINKE-Politikerin kritisch: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung stellt selbst fest, dass in den meisten Fällen eine solche unzweifelhafte Identitätsfeststellung von den jeweils beteiligten Seiten nicht als notwendig angesehen wird. Dort, wo sie in der Privatwirtschaft noch für nötig gehalten wurde, haben sich längst andere Lösungen für das Problem gefunden. Selbst bei staatlichen Stellen gibt es funktionierende Alternativen für den elektronischen Identitätsnachweis, so dass ein Zwang zur Nutzung der Funktion des Ausweises unnötig ist.

Die Bundesregierung verspricht eine größere Sicherheit vor Betrug und Identitätsdiebstahl, doch die Sicherheit des elektronischen Identitätsnachweises erweist sich als trügerisch. Experten warnen schon länger davor, dass insbesondere durch kompromittierte Geräte, die den elektronischen Identitätsnachweis des Ausweises auslesen, die Daten an Kriminelle weitergeleitet werden können. Damit ergeben sich neue Möglichkeiten zum massenhaften Identitätsdiebstahl. Zwingt man also die Menschen zur Nutzung der Funktion, setzt man sie einem zusätzlichen Sicherheitsrisiko aus.“

Zugriff auf Fotoarchiv aller Einwohnerinnen und Einwohner

Katharina König verweist darauf, dass in der Experten-Anhörung im Bundestag der Vertreter der Bundesdatenschutzbeauftragten deshalb forderte, dass eine Verpflichtung zur Nutzung gesetzlich ausgeschlossen werden sollte. Das Vorhaben der Bundesregierung, künftig den Geheimdiensten den automatisierten Zugriff auf biometrische Daten und insbesondere die bei Kommunen vorgehaltenen Fotos aller EinwohnerInnen zu ermöglichen, stößt auf Ablehnung der Linksfraktion.

Deren innenpolitischer Sprecher, Steffen Dittes, weist auf die fehlende Kontrollierbarkeit des Zugriffs hin. „Mit dieser Regelung hätten die Geheimdienste Zugriff auf ein Fotoarchiv aller Einwohnerinnen und Einwohner und könnten dieses sogar duplizieren. Es wäre technisch möglich, Menschen auf eigenen Fotoaufnahmen durch Rückgriff auf Meldedaten automatisiert zu personalisieren, ohne dass dies einer Kontrolle unterliegt. Dies wäre eine bislang einmalige Erweiterung von Zugriffsrechten auf Personendaten ohne rechtsstaatlich überprüfbare und ohnehin nur vage formulierte Eingriffsschwellen. Das ist mit einem bürgerrechtlichen Anspruch an Politik unvereinbar.“

Auch Datenschutzbeauftragte haben nur sehr begrenzte Möglichkeiten, die Verwendung solcher automatisierten Abfragen bei den Geheimdiensten zu kontrollieren. „Die Angst, dass solche Abfragen mit anderen automatischen Systemen gekoppelt werden und so eine lückenlose Überwachung von Personen möglich wird, ist daher berechtigt“, so Steffen Dittes. ■

Termin im Büro der Landtagsvizepräsidentin

Interessante Einblicke in das Parlament und die Arbeit der Landtagsabgeordneten konnten Mädchen und Jungen in Erfurt anlässlich des Zukunftstages Girls’ Day bzw. Boys’ Day nehmen.

Die Schülerinnen und Schüler kamen aus Erfurt, Gotha und Arnstadt, die meisten aber waren mit einem Bus aus Gera angereist, Neuntklässler von der Staatlichen Regelschule Biblach.

Ein spannender Termin für die Gäste der Linksfraktion war das Treffen mit Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (LINKE) in ihrem Büro in der 8. Etage des Landtagshochhauses. Aus erster Hand erfuhren sie, wie so ein Plenum funktioniert und wann Abgeordneten auch mal Ordnungsrufe gegeben werden müssen. Natürlich durfte auch die Besichtigung des Plenarsaals im Funktionsgebäude nicht fehlen.

Begonnen hatte der Tag mit einem „Arbeitsfrühstück“ zum Kennenlernen in der Fraktion, zu dem die gleichstellungspolitische Sprecherin, Karola Stange, die Mädchen und Jungen eingeladen hatte. Es sei immer noch eine wichtige Aufgabe, geschlechtertypische Rollenbilder infrage zu stellen und gerade Schülerinnen und Schülern, die sich verstärkt mit ihrer Berufswahl beschäftigen, Impulse für neue, andere Wege zu geben, sagte die Abgeordnete.

Den bundesweiten Zukunftstag - als Girls’ Day zunächst nur für Mädchen eingeführt - gibt es seit dem Jahr 2001. Der Boys’ Day, der als Ergänzung und Reaktion auf den Mädchenzukunftstag gesehen werden kann, wurden offiziell 2005 eingeführt.

Foto: Annette Rudolph ■

Kommentiert:

von Sabine Berninger

Selbstbestimmt leben

Die Ankündigung von Minister Dieter Lauinger, investive Landesmittel künftig nur noch für dezentrale Unterbringung, nicht mehr für so genannte Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete, zur Verfügung zu stellen, kann ich nur begrüßen. Damit wird ein wichtiger Schwerpunkt der Koalitionsvereinbarung endlich angegangen: ‚Leitbild für die Unterbringung von Flüchtlingen wird die dezentrale Unterbringung sein. Dazu werden wir die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Umsetzung der dezentralen Unterbringung, inklusive haushaltsmäßiger Untersetzung (investive Landesförderung im Grundsatz nur bei dezentraler Unterbringung), unterstützen', heißt es darin.

Über die Landesförderung nur bei dezentraler Unterbringung ist angesichts der Flüchtlingszahlen und der durch jahrelange Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus angespannten Wohnungssituation in vielen Kommunen 2015 eine Diskussion kaum möglich gewesen. Noch im Sommer 2014 hatte das CDU-geführte Innenministerium eine Investitionskostenpauschale für neue Plätze in Gemeinschaftsunterkünften eingeführt (7.500 Euro/Platz bei fünfjähriger Bindungsfrist). Bis dahin waren bereits mehr als 60 Prozent der in Thüringer Kommunen lebenden Asylsuchenden in Wohnungen untergebracht. Ein Trend, den die CDU damals wieder umkehren wollte, was selbst bei Mitgliedern der damaligen Koalition zu Unmut führte.

Rot-Rot-Grün hatte 2016 eine Investitionskostenpauschale (1.000 Euro/Platz) für die Wohnungsunterbringung eingeführt. Ich hoffe, dass die künftig auf Wohnungsunterbringung beschränkte Landesförderung Anreiz für die Landkreise und kreisfreien Städte sein wird, mehr Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben in Wohnungen zu ermöglichen. Das ist auch integrationspolitisch sinnvoll, da neben dem Zur-Ruhe-Kommen in den 'eigenen' vier Wänden so auch mehr Begegnungen mit Nachbarn, mehr Kontakte zum Wohnumfeld ermöglicht und erforderlich werden, anstelle der häufigen Isolation in Gemeinschaftsunterkünften. Begleitend muss über weitere Integrationsangebote und Beratungs- und Anlaufstellen für Zugewanderte gesprochen werden. Die Diskussion dazu wird bereits in den Beratungen zum Integrationskonzept und dem nächsten Doppelhaushalt geführt. ■

Kurz und Prägnant

Regierungserklärung zur Armutsprävention

Vor allem mit Blick auf den vorgelegten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, aber auch schon von der rot-rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebrachte sinnvolle Armutsbekämpfungsaktivitäten soll das Themenfeld Bekämpfung von Armut und ihrer Ursachen umfassend beraten werden. Auf der Tagesordnung der ersten Plenarsitzung im Mai steht eine Regierungserklärung der Thüringer Sozialministerin Heike Werner (LINKE) „Armut bekämpfen - Armutsprävention stärken“. Thüringen steht im Ländervergleich bei der Armutsquote an 11. Stelle und hat unter den neuen Bundesländern die geringste Armutsquote. Schwerpunkte der Regierungserklärung sind: Das Ausmaß von Kinderarmut; Altersarmut; die Situation von Alleinerziehenden; die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und atypischen Beschäftigungsformen; die Instrumente der Arbeitsmarktförderung; die Stärkung der Sozial- und Bildungsinfrastruktur in den Kommunen, Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie im Schulbereich. Armutsbekämpfung und Armutsprävention sind politische Schwerpunkte der Landesregierung, die sich entsprechend auch im Koalitionsvertrag widerspiegeln. ■

Koalitionsantrag für ein Bleiberecht

Dem Landtag liegt jetzt ein Antrag der Koalitionsfraktionen vor für ein humanitäres Bleiberecht für Opfer rassistischer und rechter Gewalt. Nachdem das Land Brandenburg bereits im Januar den bundesweit ersten Erlass beschlossen hat, der Opfern rechter Gewalt ein Bleiberecht ermöglichen soll, zieht in Thüringen Rot-Rot-Grün nach und plant, mit einem Landtagsbeschluss die Landesregierung zu einem ähnlichen Schritt aufzufordern.

Die Koalition will auf Grundlage des geltenden Aufenthaltsrechts dafür sorgen, dass Opfern rassistisch motivierter Gewalttaten ein humanitäres Bleiberecht gewährt bekommen. Damit soll ein klares Signal an die Täterinnen und Täter derartiger Angriffe gesendet werden, dass nämlich genau das Gegenteil dessen passiert, was sie eigentlich wollen: die Verunsicherung und Vertreibung der Menschen. Die Flüchtlingspolitikerinnen von Rot-Rot-Grün erklären: „Es bleibt dabei: Das Problem heißt Rassismus. Und dem wollen wir konsequent begegnen. Das ist eine Lehre aus den Morden des NSU und hier werden wir aktiv.“ ■

Wo nichts gezeigt wird, wird nichts gefördert

Der LINKE-Bildungspolitiker Torsten Wolf zu Gast in der Grundschule Pößneck

Hilf mir, es selbst zu tun“, diese Leitthese von Maria Montessori ist weltbekannt. In der Grundschule Pößneck wird sie seit zehn Jahren in einem eigenen Lernhaus gelebt. Dieses Jubiläum wurde mit einer Festwoche begangen, an deren Eröffnung Torsten Wolf, der in der Landtagsfraktion bildungspolitischer Sprecher ist, teilgenommen hatte.

In einem Gespräch mit der Schulleiterin Silke Neupert erfuhr der Landtagsabgeordnete, dass der Weg hin zum Aufbau von fünf Montessori-Lerngruppen nicht einfach war.

Ihn faszinierte der persönliche Einsatz der Pädagoginnen und Pädagogen sowie der Schulleiterin, welcher der Grundstein für den Erfolg des Konzeptes ist. Die Montessori-Pädagogik ist kein Allheilmittel, aber sie ist ein Weg, mit Heterogenität umzugehen. „Lernen nach individuellem Tempo, weniger Leistungsdruck und ein hohes Maß an Selbstständigkeit bei den Schülerinnen und Schülern, genau das sollte Schule ausmachen. Kein Kind ist wie das andere. Maria Montessori entwickelte bereits 1907 ein Konzept, welches sich genau dem stellt. Die Pößnecker Grundschule setzt dies engagiert und mit viel Liebe zum Detail um“, so der Bildungspolitiker. Besonders beeindruckte ihn die positive Grundeinstellung der Pädagoginnen und Pädagogen zum Kind.

In einer „gläsernen Unterrichtsstunde“ konnten die Gäste erleben, wie das Lernen in einer „Monte-Klasse“ abläuft. Jahrgangsmischung, der Lehrer als Helfer und Begleiter, Freiarbeit, freie Wahl der Materialien und handlungsorientiertes Lernen sind dabei selbstverständlich. In einer sich anschließenden Diskussion wurde der Fokus auf das „Selbst“ und auf das „Tun“ gelegt.

„Viele Aspekte der Montessori-Pädagogik muten reformpädagogisch an, sind aber schon über 100 Jahre alt. Das zeigt, wie starr unser Bildungsdenken manchmal ist“, sagte Torsten Wolf. Eltern und eine ehemalige Schülerin des Pößnecker Montessori-Lernhauses sprachen den schwierigen Übergang von Klasse 4 zu Klasse 5 an. Die Gemeinschaftsschule sei genau dafür gut, solch schwierigen Schnittstellen in den Bildungsbiographien unserer Schülerinnen und Schüler zu vermeiden. Diese Chance müsse auch im ländlichen Raum besser genutzt werden, bemerkte dazu der Abgeordnete. Zugleich bot er an, sich auch weiterhin als Gesprächspartner bei kleinen und großen Sorgen der Pößnecker Grundschule zur Verfügung zu stellen.

Doreen Amberg

Fotos: Torsten Wolf im „gläsernen Unterricht“ (l.) sowie im Gespräch mit Schulleiterin Silke Neupert ■

15 Jahre nach Gutenberg-Massaker: Änderungen im Waffenrecht nötig

In ihrer Fraktionssitzung am 26. April hatte die LINKE der Opfer des Massakers am Erfurter Gutenberg-Gymnasium vor 15 Jahren gedacht. „Die Bluttat war Anlass für viele bildungspolitische und waffenrechtliche Entscheidungen. Gerade beim Waffenrecht muss die Diskussion um eine Novellierung fortgeführt werden, um die Gefahren für die öffentliche Sicherheit, die aus dem Besitz legaler Waffen entstehen, weiter zu minimieren“, hatte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion, in einer Pressemitteilung erklärt.

Dies gelte gerade für solche Waffen, die nicht für die Jagd oder olympische Sportdisziplinen gebraucht werden. Dazu zählten auch gefährliche halbautomatische Waffen oder Großkaliberwaffen mit besonderer Durchschlagskraft. Der Abgeordnete verwies auf die gerade veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes, die den seit Jahren meist rückläufigen Trend bei der Verwendung von Schusswaffen für das Jahr 2016 wieder umkehrt und nun einen Anstieg verzeichnet. In rund 4.400 Fällen wurde mit Schusswaffen gedroht, in weiteren 5.400 Fällen auch geschossen.

„Auch wenn viele Straftaten mit illegalen Waffen begangen werden, besteht auch bei legalen Waffen eine Gefährdung und ein permanentes Sicherheitsrisiko, was nicht nur der Waffenbesitz bei Neonazis und Reichsbürgern zeigt, sondern auch Waffen aus gewöhnlichen Privathaushalten, die missbräuchlich verwendet werden. Hier bedarf es in der Diskussion einer weiteren Abwägung mit stärkerer Gewichtung, um Missbrauchspotentiale und Risiken einzudämmen“, so Steffen Dittes. Dafür wären neben weiteren Veränderungen für eine sichere Aufbewahrung sowie Dokumentationspflichten auch regelmäßige qualifizierte Zuverlässigkeitsprüfungen sowie eine effektive Kontrollpraxis angemessen.

Nach Berichten des MDR über Mängel in der Praxis der Waffenbehörden hat der Abgeordnete eine Kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht, um eine landesweite Statistik zu eruieren. Die Gewerkschaft der Polizei fordert mehr Personal in den Landratsämtern. Der Landesvorsitzende Kai Christ hatte gegenüber dem MDR gesagt: „Da gehört einfach ein Kontrolldruck dahinter. Nur wenn ich weiß, dass die 'Gefahr' besteht, dass ich kontrolliert werde, ist die Wahrscheinlichkeit auch hoch, dass ich sehr sauber damit umgehe. Dass ich meine Waffen jedes Mal im Waffenschrank verschließe.“

Thüringen hat nach dem Erfurter Amoklauf eine Reihe von Verschärfungen im Waffenrecht des Bundes durchgesetzt, vor allem für Sportschützen. Diese dürfen beispielsweise erst mit 21 Jahren eine großkalibrige Waffe kaufen und brauchen dann zudem ein psychologisches Gutachten. ■

Landwirtschaftstour durch das Altenburger Land

In der Woche vor Ostern hatte die LINKE Landtagsabgeordnete Ute Lukasch, Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, eine Besuchertour durch verschiedene Landwirtschaftsbetriebe im Altenburger Land unternommen. Begleitet wurde sie in einigen Betrieben durch die Landrätin Michaele Sojka (LINKE) und den Vorsitzenden des Bauernverbandes Berndt Apel.

Erste Station war die Schweinemast-Anlage in Greipzig, die von der Gutsverwaltung Altenburg GbR betrieben wird. Wolfgang Schleicher empfing uns im Mastbetrieb. Die Stallanlage ist technisch auf hohem Niveau, mit automatischer Lüftungs- und Fütterungskontrolle. In der modernen „Futterküche“ wird das Mastfutter entsprechend des Alters der Tiere angemischt und gelangt zu ihnen über eine Vielzahl an Rohrleitungen.

Die Aufgabe der alters- und entwicklungsbedingten Fütterung besteht im Wesentlichen darin, eine bedarfsgerechte Zufuhr an Energie, Nähr- und Zusatzstoffen vorzunehmen und ist somit nährstoffökonomisch und ökologisch sinnvoll. Zusätzlich entlastet die Phasenfütterung der Mastschweine die Umwelt, unterstützt die Tiergesundheit und optimiert die Stallluft für Mensch und Tier. Herr Schleicher betonte, dass mehr Platz pro Tier für ihn kein Problem darstellt – er dazu sofort bereit wäre. Allerdings wird derzeit preislich „an der Schmerzgrenze“ produziert. Die Kilo-Preise, die ein Mastbetrieb für sein Schweinefleisch bekommt, bewegen sich am unteren Limit.

Zweite Station war die Agrargenossenschaft Jückelberg e.G. Empfangen wurden wir u.a. vom Geschäftsführer Volkmar Sievers und Christian Els vom Agrarunternehmen am Leinawald e.G. Auch Jückelberg hatte und hat mit der „Milchkrise“ zu kämpfen, das Agrarunternehmen am Leinawald (über 20 Mitarbeiter) gab die Milchproduktion sogar ganz auf. Jückelberg beschäftigt über 30 Mitarbeiter und betreibt Milchproduktion, Schweine- und Rindermast sowie Feldbau. Es gibt auch eine Biogasanlage, die die Wärmeversorgung der eigenen Betriebsstätte übernimmt. Erfreut sahen wir beim Rundgang, dass die Milchkühe sich auf Stroh frei bewegen können. Ein schöner Anblick. Aber natürlich hat auch dieser Landwirtschaftsbetrieb mit den sehr niedrigen Erzeugerpreisen zu kämpfen. Es ist unverständlich, wieso unsere qualitativ hochwertigen Lebensmittel so billig gehandelt werden.

Die Tour am nächsten Tag führte uns zur Agrargenossenschaft Thonhausen e.G. und dem Geschäftsführer Uwe Rößler. Hier liegen die Schwerpunkte bei der Rinder- und Ferkelaufzucht, Milchproduktion, Energiewirtschaft aus Biomasse, Wind- und Solarenergie. Die Agrargenossenschaft vermarktet auch eigene Produkte, betreibt eine hauseigene Fleischerei, einen Liefer- und sogar einen Partyservice.

Das Hauptproblem für seinen Betrieb sieht Herr Rößler im Wegfall der Milchquote und dem dadurch gefallenen Milchpreis. Problematisch sieht er auch den Wegfall der Abnahmepreisgarantie für Energie aus Biogasanlagen. Wegen der überarbeiteten Förderrichtlinien vom Bund werden wohl kaum neue Biogasanlagen gebaut werden. Nachmittags dann ging es zum Rittergut Schwanditz. Jürgen Junghannß, der Geschäftsinhaber, informierte über die Entstehung des Betriebes, die Geschichte des Gutes, die aufwendige Sanierung, über die landwirtschaftliche Produktion, den Betrieb des Hofladens und der Ferienwohnungen, aber auch über die Hoffnungen und Visionen. Das Rittergut hat sich der Schülerbildung verschrieben u.a. mit einem „grünen Klassenzimmer“. Dafür befindet sich auch ein kleines „Schullandheim“ im Aufbau.

Das gemeinsame Fazit der Vertreter der landwirtschaftlichen Betriebe war mit einem Wunsch verbunden: Mehr Beständigkeit der Politik in Bezug auf Richtlinien, Vorgaben und gesetzliche Vorschriften für die Landwirtschaft. Die Lebensmittelproduktion muss stabil über einen größeren Zeitraum – hier wurden im Durchschnitt 15 Jahre genannt – planbar sein. Man sollte nicht vergessen, welche enorme Entwicklung die Lebensmittelproduktion in der Landwirtschaft in den letzten zwei Jahrzehnten genommen hat.

Text und Foto: Jana Lorber, Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro Ute Lukasch

■

Schulessen

Nach der Anhörung zu Kita- und Schulessen in Thüringen im Ausschuss für Verbraucherschutz erklärten die Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen, dass „besonders bei der Umsetzung der Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung bei der Verwendung regional erzeugter und ökologischer Lebensmittel, bei der Getränkeversorgung sowie beim Dialog mit Caterern, Eltern und Schulgremien noch Nachholbedarf besteht“. Sie begrüßten die Ankündigung der Landesregierung, dass eine interministerielle Arbeitsgruppe u.a. auf diese Ergebnisse der Anhörung eingehen und nach Möglichkeiten der Umsetzung suchen wird. Die Koalitionsfraktionen wollen dies entsprechend unterstützen. ■

Tourismus

Der Tourismus ist eine wichtige Wirtschaftssäule für Thüringen. Mit seinen mehr als 80.000 Beschäftigten ist er auch ein enormer Arbeitsmarkt. Umso wichtiger ist es, dass dieser Bereich modern, flexibel und langfristig tragfähig aufgestellt ist. Die Landesregierung plant eine neue Landesstrategie, die im Wirtschaftsausschuss präsentiert wurde. Dazu MdL Knut Korschewsky (LINKE): „Spätestens jetzt muss allen klar geworden sein, dass die neue Landestourismusstrategie eine fundierte Grundlage für die ganzheitliche Vermarktung unseres Freistaates wird. Dabei werden unsere bekanntesten Destinationen die Zugpferde und Anknüpfungspunkte für alle Regionen Thüringens.“ ■

Sozialhilfe

Sozialhilfe wurde in den vergangenen Jahren häufig aufgrund von ‚zu viel‘ Vermögen abgelehnt. „Betroffene sollten nun ihr Recht auf diese Sozialleistung neu in Anspruch nehmen“, erklärt Karola Stange, Sozialpolitikerin der Linksfraktion, und bezieht sich auf Neuregelungen beim Vermögensfreibetrag, der für den Bezug von Sozialhilfe bzw. Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung von 2600 auf 5000 Euro angehoben wurde. Diese Regelung gilt für alle Bezieher von Leistungen der Grundsicherung, wie Ehepartner von Sozialhilfeempfängern und minderjährige Kinder. Die LINKE bei ihrer Forderung nach einer solidarischen Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro monatlich. ■

Von A bis Z:

„Blood & Honour“

Die Antworten der Landesregierung auf Anfragen von Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, belegen die fortdauernden Strukturen von „Blood & Honour“ in Thüringen. „Obwohl das internationale Neonazi-Netzwerk seit dem Jahr 2000 in Deutschland verboten ist, führen Thüringer Neonazis die Aktivitäten offenbar fort. Dies belegen u.a. eine Razzia im letzten Herbst in Südthüringen, Auftritte Thüringer Neonazi-Bands für ausländische B&H-Sektionen sowie mehrere Konzerte in Thüringen, die ‚Blood & Honour‘ zugerechnet werden können.“ So fanden sich bei Rechtsrockkonzerten in Kirchheim (Ilmkreis) entsprechende Anhaltspunkte. Knapp 30 Vorkommnisse, bei denen die Embleme des Netzwerkes auftauchten, etwa auf T-Shirts, Graffitis, Tattoos oder CDs, listet das Innenministerium auf.

Zudem gibt es diverse Hinweise auf Kontakte zu „Blood & Honour“-Sektionen im Ausland, etwa nach Österreich, Ungarn und der Schweiz. „Die internationale Vernetzung funktioniert, wie auch der geplante Auftritt der Schweizer Band 'Amok' am 6. Mai bei einem Eichsfelder NPD-Openair zeigt“, so die Abgeordnete. Die Band stammt aus dem B&H-Umfeld, ihr werden personelle Überschneidungen mit der ebenfalls aus der Schweiz stammenden Band „Erschiessungskommando“ nachgesagt, gegen die aktuell Thüringer Behörden wegen Mordaufrufen ermitteln. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:
Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der Zeit vom 3. bis 5. Mai, vom 31. Mai bis 2. Juni sowie 21. bis 23. Juni.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Tag der offenen Tür:
Der Thüringer Landtag und die Fraktionen, bei der LINKEN wieder mit einem Café, laden ein zum Tag der offenen Tür am Sonnabend, den 17. Juni.

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

Kurz und Prägnant

Wahlkreisbüros erneut angegriffen

In Gotha waren in der Nacht zum Ostermontag Fenster der Abgeordnetenbüros der LINKEN und der SPD eingeschlagen worden. Dazu die Landtagsabgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright. „Es war genau das Fenster mit unseren Aushängen und Plakaten betroffen. Wir gehen davon aus, dass die Beschädigungen politisch motiviert sind und zwar von rechts.“ Denn seit längerem seien in Gotha Neofaschisten und Rechte aktiv und bedrohten Menschen und Einrichtungen aus dem linken Umfeld. So habe es erst im März einen Anschlag auf das Jugendzentrum Juwel e.V. gegeben. „Und es gibt in Gotha Plätze, an denen bekannte Linke von rechtsgesinnten Leuten gezielt angepöbelt und so unter Druck gesetzt werden. Von solchen Straftaten lassen wir uns nicht beeindrucken – wir bleiben aktiv für Antifaschismus, Frieden und Freiheit.“

Zudem hatten zwischen dem 21. und 22. April Unbekannte versucht, die Scheiben des Wahlkreisbüros des LINKE-Landtagsabgeordneten Steffen Harzer in Meiningen einzuschlagen. Bewusst wurde das Fenster ausgesucht, in dem das Porträt des Abgeordneten zu sehen ist. Er erklärte: „Ich lasse mich nicht einschüchtern und bleibe bei meiner Maxime: Geradlinig, kritisch, zuverlässig“, dem Schriftzug auf dem Personenplakat hinter der eingeschlagenen Scheibe. ■

Multimediales zur Weimarer Republik

Noch bis zum 19. Mai kann im Zwischengang des Thüringer Landtags die Wanderausstellung des Vereins Weimarer Republik e.V. „Die Weimarer Republik - Deutschlands erste DEMOKRATIE“ besichtigt werden. Die multimediale Schau tourt bis Herbst 2018 durch deutsche Städte und stellt mit modernster Technik - Kino-Würfeln und Medienstationen - spannende Geschichte kurzweilig dar. ■

Jede zweite Klage vor Sozialgerichten zu Hartz IV

Etwa jede zweite Klage vor den Sozialgerichten in Altenburg, Gotha, Meiningen und Nordhausen wird von Hartz-IV-Empfängern erhoben. Die Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Linksfraktion, Ina Leukefeld, wollte es genauer wissen und hatte eine Kleine Anfrage zu den SGB-II-Klagen an den Thüringer Sozialgerichten an die Landesregierung gerichtet.

Nachdem die Antwort gekommen war fand am 20. April in der Landtagsfraktion ein Pressegespräch mit der Abgeordneten sowie der Geschäftsführerin des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V., Katja Seiler, die sich auch im Bündnis SozialTransFair engagiert, statt. Ina Leukefeld betonte, dass zwar die Anzahl der neuen Verfahren bei den Thüringer Sozialgerichten im vergangenen Jahr rückläufig war (11.817 Verfahren und damit 7,1 Prozent weniger als im Jahr 2015), aber noch immer beträfen 43,4 Prozent aller Streitfälle die Umsetzung des SGB II und häufig geht es dabei um die Kosten der Unterkunft. Bedenklich sei auch, dass es bei den Hartz-IV-Klagen trotz deutlicher Personalaufstockungen mitunter zwei Jahre bis zu einem Urteil dauert. „Für die Betroffenen eine unhaltbare Situation, denn es geht hier meist um existenzielle Probleme.“

Hinzu komme die differenzierte Lage. So hätten sich die Zahlen am Sozialgericht Meiningen kaum verändert, obwohl es in Süd- und Westthüringen keine regional schlechtere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gebe. Die Abgeordnete kündigte an, diese Problematik bei einem Vor-Ort-Besuch gemeinsam mit der Justizpolitikerin der Fraktion, Dr. Iris Martin-Gehl, näher beleuchten zu wollen. Die Wohnungspolitik und der Umgang mit den Richtlinien für die Kosten der Unterkunft, die jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt für sich bestimmt, stehen auch im Fokus von Veranstaltungen des Kommunalpolitischen Forums. Katja Seiler bezeichnete es als eine Kernfrage, dass in den Ballungsgebieten ausreichend Wohnraum zur Verfügung stehen müsse – bezahlbar und barrierefrei. In dieser Hinsicht müssten auch die Wohnungsgesellschaften gestärkt werden.

NACHGEFRAGT bei MdL Ina Leukefeld

Inwiefern sind Statistiken zum Sozialbereich häufig mangelhaft?

Hier findet nur in seltenen Fällen eine sach- bzw. themenbezogene Auswertung statt. Die ist aber wichtig, um die notwendigen politischen Schlussfolgerungen für Verbesserungsmaßnahmen zu ziehen. Was die Widerspruchsverfahren, z.B. bezogen auf die oft umstrittenen Themenbereiche Kosten der Unterkunft, Mehrbedarfe, Anrechnung von Einkommen und Vermögen, Sanktionen und Leistungskürzungen betrifft, werden grundsätzlich keine spezielleren Auswertungen gemacht. Das muss geändert werden, dafür werde ich mich einsetzen. Das betrifft auch die lange Wartezeit auf Urteile bei den Hartz-IV-Klagen. Besonders problematisch bei den Eilverfahren, obwohl es hier um noch drängendere Probleme der Existenzsicherung wie drohende Obdachlosigkeit geht. Allerdings hat der Justizminister in Beantwortung der Anfrage auch angekündigt, dass die Landesregierung dafür Sorge trage, „dass geeignete personelle und sachliche Rahmenbedingungen bestehen, um anhängige Verfahren zügig erledigen zu können“.

Beim Pressegespräch (v.l.): Katja Seiler, Kopofor, MdL Ina Leukefeld und Pressesprecherin Diana Glöckner. *Foto: Peter Lahn* ■

Welche Gründe hat es, dass die Zahl der Hartz-IV-Klagen rückläufig ist?

Die Situation in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt entwickelt sich recht positiv, damit sinken die Arbeitslosenzahlen und auch die Zahlen der SGB-II-Verfahren. Die regional unterschiedliche Lage spiegelt sich auch in regional unterschiedlichen Verfahrenszahlen wider.

So hat sich am Sozialgericht Nordhausen der Verfahrensstand um 1000 auf circa die Hälfte der Verfahren von 2014 halbiert Die hohe Anzahl der Verfahren beim Sozialgericht Gotha ist auch der Tatsache geschuldet, dass Erfurt zu diesem Gerichtsbezirk gehört, die Zahl der SGB-II-Klagen ist hier aber auch um die Hälfte rückläufig. Ausnahmen von dieser Entwicklung bilden die Sozialgerichte Meiningen und Altenburg.

Die Verfahrenszahlen sagen immer auch etwas über die Qualität der Antrags- und Widerspruchsbearbeitung aus. Nach zunächst erheblichen Problemen bei den Jobcentern haben die Behörden auf die Kritik von Sozialverbänden und auch der LINKEN reagiert und bieten verstärkt Fort- und Weiterbildungen für die Mitarbeiter an. Daran muss festgehalten werden. Zudem haben Änderungen in der Verwaltungspraxis, wie die Ausstellung von Bescheiden über eine längere Dauer, zu einem spürbaren Rückgang von Widersprüchen und Klagen geführt.

Fortschritte gibt es auch im Bereich der Arbeitsförderung?

Hier hatten Arbeitssuchende oft auf Teilnahmerechte an Maßnahmen und Kostenübernahme dafür geklagt. Auch das hat sich mit der Entwicklung am Arbeitsmarkt verbessert. Hinzu kommt, dass es gerade in Thüringen in Sachen Arbeitsförderung neue erfolgversprechende Ansätze gibt. Das hilft vor allem jenen, die aus der Langzeitarbeitslosigkeit nicht herauskommen. Die Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung wurden verstärkt. Statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen, gilt es, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Menschen in sinnvolle, sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen. Hier wünschte ich mir auch mit Unterstützung des Bundes noch deutlichere Fortschritte. Wir haben in Thüringen in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsagentur und engagierten Landrätinnen – Petra Enders (Ilmkreis) und Michaele Sojka (Altenburger Land) - erste gute Beispiele auf den Weg gebracht.

Noch ein Wort bitte zur Problematik der Kosten der Unterkunft.

Der Landesregierung, insbesondere dem Sozialministerium und dem Justizministerium, ist es wichtig, die noch aus CDU-Zeiten bestehenden regionalen und ungerechten Unterschiede in der Handhabung der Leistungen für die Kosten der Unterkunft zu beseitigen. Wenn es um angemessenen Wohnraum geht, darf es keine Rolle spielen, ob jemand in Nordhausen oder in Hildburghausen lebt. Mit Blick auf den weiteren deutlichen Reformbedarf im SGB II wird sich die LINKE-Fraktion in der Koalition dafür einsetzen, dass Rot-Rot-Grün seine bundespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten entsprechend nutzt. Zu möglichen bzw. notwendigen Reformpunkten gehört auch die Ausgestaltung der Regelsätze, die laut Untersuchungen der Sozialverbände immer noch nicht den Vorgaben des Regelsatz-Urteils des Bundesverfassungsgerichts entspricht. ■

Das Thema

Zukunftssichere Strukturen

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag haben in ihrer Sitzung am 26. April den von Innenminister Holger Poppenhäger in der Woche zuvor vorgestellten Vorschlag für eine Kreisneustrukturierung beraten. Nach der intensiven Diskussion erklärte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow:

„In einer konstruktiven und sachlichen Debatte haben wir Argumente zu dem auf dem Tisch liegenden Vorschlag für eine Kreisgebietsreform ausgetauscht. Die Fraktion hat deutlich gemacht, dass sie nach wie vor zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform steht.“ Denn es gehe um zukunftssichere Strukturen für Thüringen.

In der Beratung der Abgeordneten war auch deutlich geworden, dass die Kriterien für die Festlegung der Kreisstädte transparent und nachvollziehbar sein müssen. Ein Schwerpunkt der Fraktionsberatung war zudem die Frage der Kreisfreiheit für Gera und Weimar. „Die vom Innenminister favorisierte Weiterführung der Kreisfreiheit bedeutet eine erhebliche Abweichung vom Vorschaltgesetz. Hier sieht die Linksfraktion weiteren Diskussionsbedarf“, unterstrich die LINKE Landespolitikerin. Auch die Schaffung zweier ökonomisch ungleichgewichtiger Kreise in Südthüringen stoße „auf überwiegende Ablehnung in der Linksfraktion“.

In den kommenden Wochen werden diese und andere Aspekte des Neuzuschnitts der Kreise und die Frage künftiger Kreissitze weiter diskutiert.

„Wir nehmen den Vorschlag des Innenministers sehr ernst und erwarten, dass Argumente, Hinweise und alternative Vorschläge auch entsprechend behandelt und in den weiteren Gesetzgebungsprozess einbezogen werden“, sagte Susanne Hennig-Wellsow. ■

In einer konstruktiven Debatte haben wir Argumente ausgetauscht. Die Fraktion hat deutlich gemacht, dass sie nach wie vor zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform steht.

DIE LINKE.

Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Vorschläge für neue Kreisgrenzen und Kreisstädte

Thüringens Minister für Inneres und Kommunales, Dr. Holger Poppenhäger, hat angekündigt, dem Kabinett in seiner Sitzung am 2. Mai einen Gesetzentwurf mit folgenden Eckpunkten vorzulegen:

1. Die Landkreise Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis werden gemeinsam einen neuen Kreis bilden. Als Kreisstadt des neuen Kreises wird die Stadt Mühlhausen vorgeschlagen. Der neue Landkreis wird im Hinblick auf die aufgelaufenen Altschulden umfangreiche Hilfen des Landes erhalten.

2. Die Landkreise Nordhausen und Kyffhäuserkreis werden zu einem Landkreis verschmolzen. Entsprechend der von den Kammern vorgeschlagenen Aufteilung wird der Landkreis Sömmerda nicht hinzugenommen. Dies entspricht den seit Jahren bestehenden Planungsregionen. Der Kreissitz wird Sondershausen.

3. Die Landkreise Sömmerda und Weimarer Land sollen fusionieren, dies entspricht dem Vorschlag der Kammern und vermeidet das Schneiden der bisherigen Planungsregionen. Beide Kreise gehören der Planungsregion Mitte an. Kreisstadt soll die Stadt Sömmerda werden.

4. Die Landkreise Gotha und Ilm-Kreis werden zusammengeschlossen. So wird ein neuer und starker Kreis in der Mitte des Landes gebildet. Die Kreisstadt soll Gotha werden. Arnstadt wird im Zuge der Gemeindegebietsreform anderweitig gestärkt.

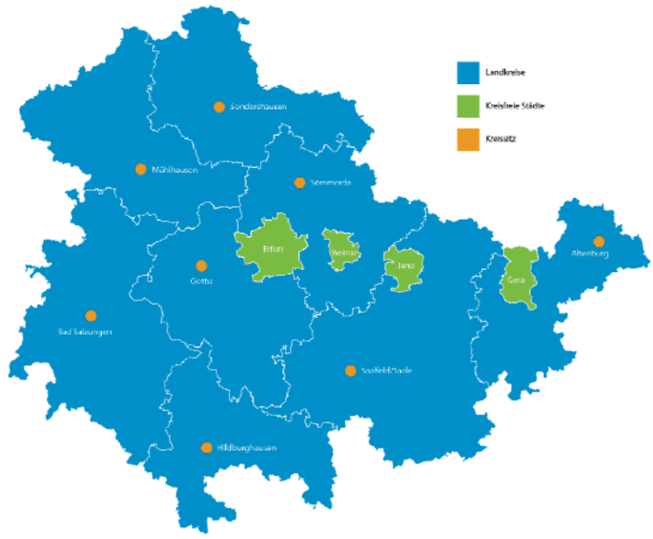
5. Die Landkreise Wartburgkreis und Schmalkalden-Meiningen bilden zusammen mit der bisher kreisfreien Stadt Eisenach einen neuen Landkreis. Dies resultiert unter anderem aus einer fachlichen Stellungnahme des Landkreises Schmalkalden-Meiningen zu den wesentlichen Verflechtungsbeziehungen in der Region aber auch aus den Stellungnahmen von 24 Bürgermeistern aus dem Landkreis. Thema hier waren insbesondere die engen Verbindungen der Kulturstiftung „Meiningen - Eisenach“ und die notwendige touristische Entwicklung der Rhön. Kreisstadt soll Bad Salzungen werden. Eisenach soll den Status einer Großen kreisangehörigen Stadt erhalten. Die Stadt Meiningen wird im Zuge der Gemeindegebietsreform anderweitig gestärkt.

6. Der Kreis südlich des Rennsteigs wird gebildet aus den Landkreisen Sonneberg und Hildburghausen sowie der bisher kreisfreien Stadt Suhl und den Gemeinden Oberhof, Zella-Mehlis und Benshausen. Kreisstadt des Kreises soll Hildburghausen werden. Suhl soll den Status einer Großen kreisangehörigen Stadt erhalten.

7. Entsprechend dem Vorschlag der Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern sollen die Landkreise Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Orla-Kreis und Saale-Holzland-Kreis zu einem großen Saaletal-Kreis verschmelzen. Saalfeld soll Kreissitz für den neuen Saaletal-Kreis werden.

8. Die Landkreise Altenburger Land und Greiz sollen fusionieren. Als Sitz der Kreisverwaltung wird die Stadt Altenburg vorgeschlagen.

9. Die bisherigen kreisfreien Städte Erfurt, Weimar, Jena und Gera behalten ihren Status.



Er freue sich, so der Minister in der Erklärung vom 19. April, „dass unser Diskussionsangebot reichhaltig genutzt wurde und in diesem Vorschlag mündete. Er zeigt auch, dass es zu keinem Zeitpunkt darum ging, das Vorschaltgesetz starr anzuwenden, sondern konstruktiv und mit sachlichen Argumenten gemeinsam zu einem Ergebnis zu gelangen“. ■

Kurz und Prägnant

Anhörung zum Investitionsprogramm

Zum gemeinsamen Gesetzentwurf der Landtagsfraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für das in den Jahren 2017 und 2018 beabsichtigte 100 Millionen Euro schwere kommunale Investitionsprogramm fand am 27. April im Innenausschuss des Thüringer Landtages eine mündliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände statt. Dazu erklärten die kommunalfinanz- bzw. kommunalpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen Ralf Kalich (DIE LINKE), Uwe Höhn (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

„Sowohl der Thüringische Landkreistag als auch der Gemeinde- und Städtebund Thüringen haben den Gesetzentwurf und dessen Zielstellung begrüßt und sich für die Initiative der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der Investitionen im kommunalen Bereich bedankt. Wir werden die bei der Anhörung unterbreiteten Vorschläge und Anregungen aus der kommunalen Familie nun prüfen. Unser Ziel ist es, das vorliegende Gesetz nach schriftlicher Anhörung eventueller Änderungsanträge in der Plenarsitzung, die für Ende Mai anberaumt ist, zu verabschieden.“

Profitieren werden die Kreise und kreisfreien Städte vor allem auch als Schulträger

Nach Vereinbarung innerhalb der Regierungskoalition und mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen die zusätzlich bereitgestellten Mittel überwiegend zur Aufstockung bestehender Investitionsförderprogramme - unter anderem in den Bereichen Breitbandausbau, Brandschutz, Kulturbau und Denkmalpflege, Kindertagesstätten, Sportstätten und Schwimmbäder, Gewässerunterhaltung sowie Abwasserbehandlung - zur Verfügung gestellt werden.

Zudem haben sich die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verständigt, die vom Bund beabsichtigten Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen in Thüringen aus Landesmitteln mit rund acht Millionen Euro kozufinanzieren. Thüringen kann ab diesem Jahr mit zusätzlichen 72 Millionen Euro vom Bund rechnen.

Dies haben die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung ausdrücklich begrüßt. Insbesondere die Landkreise und kreisfreien Städte werden als Schulträger davon profitieren. ■

Unterstützung für die Geraer Regionalbibliothek

Aus Anlass des Welttages des Buches hatte der LINKE-Landtagsabgeordnete Dieter Hausold am 24. April eine Bücherspende im Wert von über 250 Euro an den Leiter der Geraer Regionalbibliothek, Rainer Schmidt, übergeben. Mit diesem Engagement leistet der Abgeordnete seit vielen Jahren einen Beitrag für eine attraktive Medienauswahl in der Bibliothek, die natürlich von aktuellen Titeln lebt. „Eine Bibliothek ist immer auch Bildungseinrichtung und verdient deshalb die besondere Unterstützung, gerade in Zeiten knapper Kassen und wachsender Armut", so Dieter Hausold, der auch Vorsitzender des Geraer Stadtrates ist. Auf Beschluss des Stadtrates kann die Geraer Bibliothek seit kurzem gebührenfrei von allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre genutzt werden.

Andreas Schubert, Mitarbeiter im Bürgerbüro von Dieter Hausold in Gera ■

Antrag zu Vorschriften zur Akteneinsicht

Dem Landtag liegt jetzt zur Beratung ein Antrag der Koalitionsfraktionen zur Anwendung und Auslegung der Vorschriften zur Akteneinsicht für Fraktionen vor.

Im Zuge der Aufarbeitung der sogenannten Carius-Affäre, bei der es um die zensierte und gekürzte Stellungnahme des Innenausschusses an das Landesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der Klage der CDU-Fraktion zum Vorschaltgesetz für die Gebietsreform geht, haben die Koalitionsfraktionen Akteneinsicht beantragt.

Die Abgeordneten wollen dabei auch Erarbeitungsunterlagen zu dem Vorgang einsehen. Nur so lässt sich nachvollziehen, wie es zu den Kürzungen gekommen ist. Landtagspräsident Christian Carius (CDU) hat diesem Antrag auf Einsicht in die Unterlagen nur zum Teil entsprochen. Hinzu kommt, dass es Hinweise darauf gibt, dass der Landtagspräsident sich bei der Abwicklung des Schriftverkehrs mit dem Gericht nicht an Beschlüsse und Vorgaben des Innenausschusses gehalten hat. Auch um etwaige zukünftige Problemfälle in der Zusammenarbeit der Abgeordneten und Ausschüsse mit dem Landtagspräsidenten bzw. der Landtagspräsidentin zu verhindern, soll nun der Justizausschuss Auslegung und Anwendung verschiedener Regelungen klären. Ziel ist es, dass Landtagspräsidenten nicht auf Gutsherrenart den Abgeordneten Informationen vorenthalten können. ■

Gegen eine Speicherung von Fluggastdaten

Die Bundesregierung hat am 28. April ein Gesetz verabschiedet, das die Speicherung einer Vielzahl von Daten von Fluggästen über den Zeitraum von fünf Jahren vorsieht.

Dazu erklärte die datenschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König: „Alleine der Grund, dass jemand das Verkehrsmittel Flugzeug benutzt, macht ihn damit zum Verdächtigen, dessen Daten für fünf, unter Umständen auch 15 Jahre, gespeichert werden. Die LINKE hält das für einen verfassungswidrigen Generalverdacht. Und das Ziel des Gesetzes, auch präventiv verdächtige Reisemuster erkennen zu wollen, kommt einer Rasterfahndung, die ebenfalls nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, gleich. Man kann davon ausgehen, dass das Gesetz nicht lange Bestand haben wird.

Aber auch aus Datenschutzgründen ist die Schaffung eines solchen Datenhaufens abzulehnen. Allein das Erheben von bis zu 60 Einzeldaten zu jeder Person ist mit dem Grundsatz der Datensparsamkeit überhaupt nicht in Einklang zu bringen. Einmal angesammelt geben sie nicht nur die Möglichkeit zur anlasslosen Massenüberwachung. Sie stellen gleichzeitig auch ein lukratives Ziel für kriminelle Angriffe dar, zumal auch Bank- und Kreditkartendaten angehäuft werden. Ein fatales Gesetz für die Menschen in diesem Land und jene, die es besuchen." ■

Einladung zum Kreativwettbewerb

Der 30. April war der Internationale Tag der gewaltfreien Erziehung. Dieser Aktionstag, der durch die UN ins Leben gerufen wurde, soll darauf aufmerksam machen, dass Kinder Rechte haben. Insbesondere haben Kinder das Recht, ohne Gewalt und Vernachlässigung aufzuwachsen.

DIE LINKE-Fraktion im Thüringer Landtag hat diesen Tag zum Anlass genommen, sich mit den Kinderrechten auseinanderzusetzen und eine Initiative gestartet, mit der sie Kinder und Jugendliche zu einem Kreativwettbewerb einlädt. Unter dem Motto „Wenn ich einen Wunsch frei hätte, dann würde ich ..." ist die Kreativität von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahre gefragt, ihre Wünsche durch Malen, Basteln, Dichten usw. darzustellen. „Dieser Wettbewerb soll Hoffnungen, Sehnsüchte und Träume von Kindern und Jugendlichen in den Thüringer Landtag holen", erläutert die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. „Anstatt immer nur über junge Menschen zu reden, sollten sie selbst zu Wort kommen."

Alle eingereichten Werke werden im Juni und Juli auf dem Fraktionsflur der LINKEN im Thüringer Landtag ausgestellt. Die feierliche Eröffnung der Ausstellung sowie die Präsentation der eindrucksvollsten Einsendungen finden am 7. Juni statt. Natürlich werden auch Preise vergeben, wie z. B. ein Pizza-Essen mit Bodo Ramelow.

Die Teilnahme ist bis zum 25. Mai möglich. Beiträge sind zu senden an:

Thüringer Landtag
Fraktion DIE LINKE
„Kreativwettbewerb"
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

fraktion@die-linke-thl.de
Fax: 0361/377 24 16 ■

Nebenbei NOTIERT

von **Annette Rudolph**

Gewissensnöte

Frau Marion Rosin kann es also mit ihrem „Gewissen" und ihrer „beruflichen Erfahrung nicht mehr länger vereinbaren, diese Politik im Thüringer Landtag mitzutragen und parlamentarisch abzusichern".

Offenbar ohne zuvor mit irgendjermandem in der Fraktion über ihre Gewissensnöte geredet zu haben, tritt sie über Nacht nach 18jähriger SPD-Mitgliedschaft aus der Partei aus und wechselt am nächsten Morgen nahtlos in die CDU-Fraktion, die sie, offenbar gut vorbereitet, einhellig aufnimmt. Per lapidarem Fax und knappen Anrufen beim Fraktions- und beim Landesvorsitzenden der SPD gegen 22 Uhr am Abend zuvor verabschiedet sie sich aus der Sozialdemokratie und der rot-rot-grünen Koalition und lässt ob ihres Salto mortale eine ganze Menge Ratlosigkeit und herbe Enttäuschung zurück.

In ihrer nachgeschobenen Erklärung verweist sie darauf, dass „die frei gewählten Abgeordneten Vertreter aller Bürger des Landes 'und nur ihrem Gewissen verantwortlich'" sind. Freilich ist das so eine Sache mit dem Gewissen. Unter der Überschrift „Reisende soll man nicht aufhalten - unwahre Behauptungen klarstellen aber schon", gab die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx eine Pressemitteilung heraus, in der sie an die „glühende Verfechterin einer rot-rot-grünen Koalition" erinnert, die seither zahlreiche Beschlüsse eben dieser Koalition „selbst mit herbeigeführt" hat.

Eine heftige öffentliche Diskussion ist entbrannt, nachzulesen in den Foren der Zeitungen und im Internet. Ich finde ja „The." hat es bei den mdr-Kommentaren gut auf den Punkt gebracht: „Ja. Sie ist ihrem Gewissen verpflichtet, und damit verpflichtet, soviel Gewissen zu haben, ihre Wählerinnen und Wähler nicht zu betrügen!!! Doch das tat sie, und das kann man kommentieren wie man will, es ist Betrug und schadet einmal mehr der Demokratie." ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.